

Ich wollte mich aber auf zwei wichtige Punkte konzentrieren, um in der kurzen Zeit einer Viertelstunde doch etwas konkreter werden zu können.

Einleitungsstatement von Dr. Brigitte Unger:

Der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft droht derzeit eine Aushöhlung von außen und eine von innen. Der internationale Druck von außen ist vor allem politischer und ökonomischer Natur: die politische und ökonomische Europäische Union mit ihrem Abbau der Grenzen für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit und ihrem Trend zu gemeinsamen politischen Ideologien. Doch bereits lange vor der EU-Debatte, bereits 1987 hatte die zunehmende Liberalisierung der Finanzmärkte Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik. Das „Drohpotential“ des Kapitals, im Falle unpopulärer Maßnahmen das Land fluchtartig zu verlassen, nahm deutlich zu. Wie empirische Untersuchungen über die Entwicklung 14 verschiedener wirtschaftspolitischer Bereiche innerhalb der EU-Länder zeigen,²⁾ sind es vor allem drei Faktoren, die für die einzelnen Politikfelder einen Druck der Internationalisierung darstellen: Finanzmärkte und multinationale Unternehmungen, die drohen, Kapital bzw. Standorte zu verlagern, EU-Harmonisierungsgesetze, die eine Anpassung nationaler Standards an EU-Normen erfordern (etwa im Bereich der Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen am Arbeitsplatz), und vor allem politisch konservative Ideologie, die in einer Art „spill over“-Effekt von einem Land zum anderen überschwappt. Sie läßt sich an den Maastricht-Konvergenzkriterien ersehen, die der Inflationsbekämpfung Vorrang geben, ohne Arbeitslosigkeit zu erwähnen, und die das Thema Budgetkonsolidierung endgültig zu einem Hauptziel in allen EU-Ländern gemacht haben.

Alle drei Faktoren der „Internationalisierung“ bedrohen eine Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft. Internationale Finanzmärkte bedrohen insbesondere Geld- und Zinspolitik. Gemischt mit politisch konservativer Ideologie bedrohen sie auch den Bereich Budgetpolitik. Denn wäre statt einer Nettodefizitquote von 3% in Maastricht ein expansiveres Budget, z. B. mit einem Nettodefizit von 6% des BIP als Obergrenze, vereinbart worden, bräuchte auch bei der derzeitigen Budgetlage nicht ausschließlich auf Konsolidierung gesetzt werden oder die Flucht des Kapitals wegen hoher Staatsschulden befürchtet werden. Multinationale Konzerne mit ihren Standortentscheidungen beschränken vor allem die Bereiche Industriepo-

²⁾ Unger B. und F. Van Waarden (1995), (Hrsg.), *Convergence for Diversity, Internationalization and Economic Policy Response*, Avebury, Aldershot.

litik und Steuerpolitik. Politisch konservative Ideologien wirken vor allem auf die Politikfelder Soziale Sicherheit, Wohlfahrt, Armutsbekämpfung. Die Tatsache, daß Internationalisierung dem Kapital nützt und die Arbeitnehmervertretungen schwächt, stellt auch eine Bedrohung der Arbeitsbeziehungen dar. Das österreichische Modell der Sozialpartnerschaft beruhte auf einer Balance der Kräfte zwischen Staat, Arbeitgeberseite und Arbeitnehmerseite, die Konsenslösungen ermöglichte. Diese Form der friedlichen Arbeitsbeziehungen ist zugunsten des Kapitals ins Ungleichgewicht geraten.

Von innen ist die Aushöhlung der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft vor allem gesellschaftlicher und politischer Art. „Neue Werte“, eine Jugend, die von Sozialpartnerschaft nichts mehr wissen will, die Umweltprobleme statt Arbeitsmarktprobleme vorrangig sieht, sind einige Beispiele dafür. Doch auch politische Kräfte wie die Auflösung der Lagerbindung, das Entstehen neuer Parteien, und vor allem die politische Arbeit eines Jörg Haider, dessen Partei nicht in das Zweiparteiengefüge einer Sozialpartnerschaft hineinpaßt und der ständig an ihren Grundpfeilern zu rütteln versucht, sind zu erwähnen. Die Abstimmung über die Weiterexistenz der Kammern stellt sicher eine ernste Bedrohung der institutionellen Struktur Österreichs dar.

Was sind Österreichs derzeitige Assets als Antwort auf die oben skizzierten Drohfaktoren von außen und von innen? Wenn wir ehrlich sind, ist unser derzeitiger ökonomischer Hauptvorteil in unserer Vergangenheit zu sehen. Daß unsere Arbeitslosenraten im internationalen Vergleich immer noch niedrig sind, haben wir v.a. der Tatsache zu danken, daß wir in den frühen achtziger Jahre noch nahezu Vollbeschäftigung hatten. Seitdem steigen die Arbeitslosenraten überall, auch bei uns, aber wir liegen 1994 mit 6,5% (bzw nach Mikrozensusberechnung 4,4%) immer noch deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von rund 11%³⁾. Die Vergangenheit hat uns auch die im internationalen Vergleich niedrige Partizipationsrate beschert: Während in den USA rund 76% der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren am Arbeitsmarkt als Anbieter auftreten, sind es in Österreich 1992 nur 69%. Während in den USA auch Kranke und Behinderte am Arbeitsmarkt als Anbieter auftreten, werden diese durch den Wohlfahrtsstaat z. B. in Form von Pflegeanstalten, Sozialhilfe und Frühpensionen aufgefangen. Natürlich belastet das das Budget, aber es ist eine sozialere und wirtschaftlichere Lösung, als das Elend auf der Straße zu las-

³⁾ vgl. WIFO Monatsberichte 10/950

sen. Denn abgesehen von moralischen Bedenken sprechen auch die Kosten von höheren gesellschaftlichen Konflikten, Kriminalität und Gefängniskosten, Ausgaben für Sicherheit etc. gegen das US-Modell. Die USA sind weltweit das Land mit dem höchsten Anteil von Gefangenen an der Gesamtbevölkerung. Ein weiteres Asset Österreichs ist das mit Wohlfahrtsstaat und niedriger Arbeitslosenrate einhergehende sozial friedliche Klima. Obwohl auch Österreichs Insel der Seligen seinerzeit mit OPEC-Attentat und jüngst mit Briefbomben einige Schrammen abbekommen hat, ist es im internationalen Vergleich ein friedliches Land, in dem heterogene Interessen immer noch über Parteien und Verbände in eine Konsenslösung gefiltert werden. Für Standortentscheidungen der Betriebe ist auch die auffallend geringe bzw. nicht vorhandene Streik anfälligkeit zu erwähnen.

Die gegenwärtigen Standortvorteile Österreichs als einem Land mit qualifizierten ArbeiterInnen, mit im internationalen Vergleich niedrigen Arbeitslosenraten und mit einem vorteilhaften sozialen Klima verdanken wir insbesondere der institutionellen Struktur Österreichs: der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft.

Obgleich in ihren Wirkungen als „versteinernd“, „wenig frauenfreundlich“, „intransparent“, „wenig umweltfreundlich“ teilweise zu Recht kritisiert, ist die stabilisierende Wirkung dieser institutionellen Einrichtung besonders hervorzuheben. Stabile Rahmenbedingungen sind gerade in Zeiten rascher Veränderungen ein nicht zu unterschätzendes Asset für die Planbarkeit und Langfristorientierung einer Wirtschaft.

Zukünftige Herausforderungen:

- Weg von der Sachzwangideologie

Der auffallend vorseilende Gehorsam, Österreichs Wirtschaftspolitik (dies geht von Währungs- und Diskontsatzpolitik bis hin zur Budgetpolitik) mit der EU-Politik abzustimmen, noch ehe diese selbst genau wußte, was sie vorhatte oder andere Länder bestimmte Grenzwerte erfüllten, läßt darauf schließen, daß Politik unter dem Vorwand wirtschaftlicher Sachzwänge selbst auf die Wahrnehmung von Handlungsspielräumen verzichtete. Die Auslagerung politischer Willensbildung und ihrer Legitimation in die EU bedeutete zwar einerseits Konfliktminimierung im Inneren, aber andererseits auch ein freiwilliges Aufgeben von Handlungsautonomie. Bestehende Handlungsspielräume wurden in den letzten Jahren immer weniger ausgeschöpft. Wir eilten vom „Sachzwang der Budgetkonsolidierung“ über den „Sachzwang der EU-Bereitschaft“ bis hin zum „Sachzwang der Maast-

richt-Bereitschaft“, anstatt ein wirtschaftspolitisches Konzept in breiterem Rahmen in Erwägung zu ziehen.

Die Sachzwangideologie stellt ein defensives Konzept dar, während in Zukunft offensivere Strategien gefragt sein werden. Auch wenn aufgrund der Vergangenheit die österreichische Sozialpartnerschaft wenig Erfahrung mit Offensivstrategien hat, (war es doch Bestandteil dieser Politik, konsensorientiert zu sein), ist ein Umdenken erforderlich. Statt uns von Sachzwänglern beherrschen und begrenzen zu lassen, sollten wir uns an Paul Krugmans Ausspruch erinnern, daß prinzipiell jedes wirtschaftspolitische Ziel verwirklichtbar ist, es hat nur seinen Preis! Die Frage ist nur, ob wir noch wissen, was unser Ziel ist und ob wir den Preis, der mit der Zielerreichung verbunden ist, zu zahlen bereit sind.

- Die Notwendigkeit von Zielvorgaben

Der „österreichische Weg“ war einst eine allgemein akzeptierte Formel. Im Rahmen des Austrokeynesianismus der 70er und frühen 80er Jahre wurde eine der erfolgreichsten Wirtschaftspolitiken betrieben. Die Makroperformance Österreichs rangierte an vorderster Stelle innerhalb Europas⁴⁾. Dieser Weg wäre heute aufgrund geänderter internationaler wirtschaftlicher und auch politischer Veränderungen nicht mehr begehbar. Dennoch lassen sich einige Erfolgsbedingungen aufzeigen, die auch für einen „österreichischen Weg der 90er Jahre“ gültig sind.

Erstens gab es im Austrokeynesianismus eine klare, unumstößliche Zielvorgabe. Vollbeschäftigung lautete damals das Ziel, und alle anderen Parameter waren diesem Ziel unterzuordnen. Statt allerlei Sachzwängen hinterherzulaufen, statt ständig die Frage der Anpassung an Zielvorgaben von anderen zu diskutieren, wurde damals das Ziel selbst vorgegeben. Gerade in der heutigen Diskussion wird deutlich, daß es ein eigenständiges wirtschaftspolitisches Ziel nicht mehr gibt. Bei der EU-Debatte in Österreich stand im Vordergrund, daß wir nicht zurückbleiben wollen. Aber was wir damit wollen, welche eigenständigen Grundsätze und Ziele wir damit verfolgen wollten, wofür der EU-Beitritt ein Mittel sein sollte, wurde ausgespart. Statt dessen wurde der EU-Beitritt selbst zum Ziel erklärt. Ein österreichischer Weg der 90er Jahre braucht zuallererst eine Zielvorgabe.

Wenn unser Ziel, wie im Austrokeynesianismus, nach wie vor Vollbeschäftigung lautet, dann wäre der Preis wahrscheinlich ein noch deutlich höhe-

⁴⁾ Calmfors, L. und J. Driffill (1988), Bargaining Structure, Coporatism and Macroeconomic Performance, Economic Policy, vol. 6.

res Budgetdefizit und Steuererhöhungen und eine weitere Schwächung der Leistungsbilanz. Aber bedenken wir: Der Austrokeynesianismus im Vergleich zur Wirtschaftspolitik anderer Länder hat uns weiters gelehrt, daß Wirtschaftspolitik ein irreversibler Prozeß ist. Eine wirtschaftspolitische Entscheidung heute wirkt auch in der Zukunft. Die niederen Arbeitslosenraten der 70er Jahre in Österreich schlagen sich heute noch – obwohl wir mittlerweile dem EU-Trend steigender Arbeitslosenraten folgen – in einem niedrigeren Niveau der Arbeitslosigkeit nieder („Hysteresis-Effekt“). Dasselbe gilt für das Gegenteil: Ein Verzicht auf Vollbeschäftigung heute bedeutet das Nichtausnützen von Ressourcen, für immer entgangenen Output und Dequalifizierung von Humankapital. Arbeitslosigkeit heute richtet daher dauerhafte, irreversible Schäden für die Zukunft an.

Daher scheint mir das Ziel Vollbeschäftigung nach wie vor das wichtigste Ziel unserer Zukunft zu sein. Vollbeschäftigung – trauen wir uns das noch? Denn, wie erwähnt, jedes Ziel ist möglich, nur hat es seinen Preis!

Auf internationaler Ebene ist von österreichischer Seite dafür Arbeitszeitverkürzung in größerem Ausmaß (etwa die Dreißigstundenwoche) zu fordern. Denn, obgleich viele Ursachen und Gründe für Arbeitslosigkeit parallel auftreten, bleibt das Argument gültig, daß sich, wenn sich die Arbeitsproduktivität in rund 20 Jahren verdoppelt, auch immer weniger menschliche Arbeitszeit nötig ist.

Auf nationaler Ebene sollte die ArbeitnehmerInnenvertretung sich wieder stärker ihrer traditionellen Bereiche, nämlich der Einkommensverteilung und sozialen Absicherung der Menschen, besinnen.

- „Stabilität“ und „Solidarität“ statt „Effizienz“

In dem Bemühen um wirtschaftspolitische Kompetenz haben die SPÖ und die ArbeitnehmerInnenvertretungen immer stärker auf „Effizienz“ verwiesen, statt sich ihrer traditionellen Werte der „Gerechtigkeit“ zu besinnen. Im Zuge dieser Entwicklung hat ein gesellschaftlicher Entsolidarisierungsprozeß begonnen. Wir sind derzeit damit beschäftigt, mit dem Finger aufeinander zu zeigen – die Arbeitenden auf die Arbeitslosen, die inländischen Arbeiter auf die ausländischen, die Leistenden auf die Faulen – und übersehen dabei, daß dies zu weiterer Zersplitterung führt und daß Besitzer von Vermögen in Milliardenhöhe bei dieser Debatte ungeschoren bleiben.

Ein Streichen des Begriffs „Effizienz“ aus unserem Vokabular und Ersetzen mit „Stabilität“ und „Solidarität“ wäre zumindest ein erster Schritt, unser

Denken wieder in soziale Bahnen zu lenken. Denn Sprache prägt das Denken. Und „Effizienz“ beinhaltet das kurzfristige Denken des Marktes. Es ist ein Begriff, der die zeitliche Entwicklung vernachlässigt. Unter dem Druck der Sachzwanglogik des Marktes werden „effiziente“ Lösungen angestrebt, die, obgleich kurzfristig rational, langfristig irrational und suboptimal sein können. Es kann kurzfristig durchaus effizient sein, nicht in die Ausbildung der Arbeiter zu investieren und nicht in Forschung und Entwicklung zu investieren. Langfristig kann dies aber zum Fehlen qualifizierter Arbeiter und zu mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit führen. Gerade im Bereich der in Österreich so häufig erwähnten Wettbewerbsfähigkeit ließ sich empirisch für einige Branchen zeigen, daß Länder mit sogenannten marktorientierten institutionellen Rahmenbedingungen (wie etwa die USA und Großbritannien) in der Wettbewerbsfähigkeit hinter jener von Ländern mit sozialpartnerschaftlichen Arrangements lagen⁵⁾. Sozialpartnerschaftliche Arrangements sind typischerweise „second best“-Lösungen, Arrangements, die eigentlich keiner der beteiligten Verhandlungspartner wollte. Sie sind das Ergebnis von Kompromissen. Daher funktionieren sie auch nach einer anderen Logik als der Markt. Statt „Effizienz“ ist es „Stabilität“, das Ermöglichen von Langfristplanung, das solche Arrangements auszeichnet. Sozialpartnerschaft ist daher eine Lösung für Probleme von temporärem Marktversagen. Wenn die Sozialpartner nun wie der Markt auch auf „Effizienz“ setzen, berauben sie sich gerade ihres institutionellen Vorteils, nämlich Garant von Stabilität und Langfristorientierung zu sein unter Inkaufnahme kurzfristiger Ineffizienzen. Eine „effiziente“ Lösung bei der Einführung des Lichtsatzes im Druckereigewerbe wäre sicher gewesen, die Setzer sofort zu entlassen. Die „sozialpartnerschaftliche“ Lösung eines Kündigungsschutzes, einer langsamen Umschulung und eines Abwartens des „natürlichen Abgangs“ der Setzer, war hingegen die „stabilere“ und langfristig erfolgreichere Lösung, da sie erlaubte, den Strukturwandel ohne hohe soziale Kosten und Streiks und – aufgrund der langsamen Umstellung – für alle planbar zu bewältigen.

Nicht nur „Stabilität“ sollte wieder in unsere Sprache und unser Denken eingeführt werden, sondern auch der Begriff „Solidarität“. Langfristorientierung und Stabilität sind nur dann möglich, wenn alle Bevölkerungsgruppen in angemessener Weise am Volkseinkommen partizipieren. Die Erfahrungen mit der Zweidrittelgesellschaft in anderen Ländern haben uns ge-

⁵⁾ Traxler F. und B. Unger (1994), Governance, International Competitiveness and Economic Restructuring, in: Journal of Economic Issues, März 1994.

lehrt, daß Ghettos sozialer Sprengstoff sind. Solidarität ist daher eine Grundvoraussetzung für langfristige ökonomische und gesellschaftliche Stabilität.

- Nische statt Wettbewerb

Der Austrokeynesianismus lehrte ferner, daß ein kleines Land es sich leisten kann, eine Sonderposition einzunehmen. Österreich importierte damals die niedrige deutsche Inflationsrate, ohne die restriktive Beschäftigungspolitik Deutschlands mitzumachen. So gelang es, Inflationsraten und Arbeitslosenraten gleichzeitig niedrig zu halten – ein international erstaunliches Phänomen. Auch in den 90er Jahren kann ein kleines Land eine Sonderstellung einnehmen.

Prinzipiell kann ein Land auf Internationalisierung mit zwei Strategien reagieren: Es kann in Wettbewerb mit den anderen treten, wobei dieser Wettbewerb nach unten in einer Art *Social dumping* oder auch nach oben stattfinden könnte, wie es die Europaeuphorie der „Eurowelfare-Debatte“ glauben ließ. Diese Wettbewerbsstrategie würde letztendlich zu einer Konvergenz der Wirtschaftspolitiken verschiedener Länder führen. Das Europa der Misere oder das Europa der Seligen wären die zwei denkbaren Szenarien dazu. Eine andere Strategie hingegen ist es, Standortvorteile durch „Anderssein als die anderen“ zu schaffen, Nischenbildung zu betreiben, Sondervorteile der geographischen, sozialen, ökonomischen und politischen Situation des Landes zu nützen. Beide Strategien sind gleichzeitig, nach Aufgabenbereich differenziert, zu verfolgen. Für Nischenbildung scheinen mir die Bereiche Sozialpolitik, Steuerpolitik, Industriepolitik, Bildungspolitik und vor allem Einkommenspolitik besonders geeignet.

- Hochlohnpolitik sichern

Wie eine Studie vom Wissenschaftszentrum Berlin⁶⁾ zeigte, entwickelt sich innerhalb der EU ein Hochlohn-Kern und eine Niedriglohn-Peripherie (Italien, Spanien und Griechenland), d. h. es kommt nicht zu einer Konvergenz der Löhne. Es ist für Österreich besonders wichtig, ein Hochlohnland zu werden und nicht in die Peripherie abzurutschen.

Schlecht bezahlte Jobs sind nicht besser als keine! Wie Schettkat⁷⁾ zeigte, müssen in den USA immer mehr Leute immer mehr arbeiten, um dassel-

⁶⁾ Mosley, H (1995), The Social Dumping Threat of European Integration: A Critique, in: Unger/Van Waarden (1995).

⁷⁾ Schettkat, R. (1993), Labour Produktivity and Growth, mimeo.

be Wachstum zu erzielen wie in Deutschland. Die Arbeitsproduktivität ist in Deutschland (und auch in Österreich, B. U.) wesentlich höher. In Österreich müssen immer weniger Leute immer weniger arbeiten, um dasselbe herzustellen wie in den USA. Die „working poor“ des unregulierten Arbeitsmarktes der USA stehen der Abfederung durch den Wohlfahrtsstaat gegenüber. Wachstum, wo mehr und unproduktiver gearbeitet werden muß, ist eine Vergeudung volkswirtschaftlicher, menschlicher Ressourcen. Klaus Grubelnik irrte daher, als er meinte, schlecht bezahlte Jobs seien besser als keine. Niedriglohnpolitik führt nämlich mittelfristig zu Wettbewerbsnachteilen.

Hohe Löhne können ein Motor der Industrie sein und technologische Entwicklung vorantreiben, wie eine holländische Studie jüngst gezeigt hat, die für eine Anhebung der niederländischen Löhne plädierte. Kleinknecht⁸⁾ kritisiert darin die niederländische Politik der Lohnzurückhaltung („loonmatiging“). Das Argument der Gewerkschaften, durch mäßige Lohnforderungen die Exporte anzukurbeln und die inländische Produktion zu steigern, um damit die Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu erhöhen, bewahrheitet sich empirisch nicht. Zwar seien die holländischen Reallöhne weit unter dem EU-Durchschnitt gestiegen (um 0,4% statt 1,8% jährlich zwischen 1984 und 1990), die Wachstumsraten waren hingegen nicht höher als der EU-Durchschnitt (3,1%)⁹⁾. Aufgrund der niedrigen Löhne war die Arbeitsproduktivität geringer, weil die Unternehmer nicht gezwungen waren, ihren Kapitalstock zu erneuern. (Höhere Löhne hätten Anreiz zu einer schnelleren Modernisierung des Kapitalstocks gegeben). Niedere Löhne verhinderten ferner Schumpeters Prozeß der kreativen Zerstörung, verhinderten Innovationen und verschlechterten langfristig die Durchschnittsqualität der Unternehmen. Empirisch konnte auch gezeigt werden, daß Produktinnovationen mehr Arbeitsplätze schaffen¹⁰⁾. Höhere Löhne schaffen daher mehr Arbeitsplätze. Hinzu kommt die Tatsache, daß bei niedrigen Löhnen die Kaufkraft gering ist und daher weniger nachfrageinduzierte Produktinnovationen insbesondere der Klein- und Mittelbetriebe erfolgen. Höhere Löhne erhöhen die Nachfrage nach Produktinnovationen, erhöhen Wachstum und schaffen Arbeitsplätze.

⁸⁾ Kleinknecht, A. (1994), Is Labour Market Flexibility Harmful to Innovation?, engl. Kurzfassung der Antrittsvorlesung an der Freien Universität Amsterdam vom 26. 9. 1994.

⁹⁾ Van Schaik, A. (1995), Schumpeter, Keynes and Restricted Wage Increases, in: Tijdschrift voor Politieke Economie, Val. 17, zit. in Kleinknecht (1994).

¹⁰⁾ Matzner E., R. Schettkat und M. Wagner (1990), Labour Market Effects of New Technologies, in: Futures, vol 22.

Kleinknecht argumentiert auch gegen zunehmende Flexibilisierungstendenzen am Arbeitsmarkt, gegen Abbau des Kündigungsschutzes etc., weil eine Aushöhlung des bestehenden Arbeitsrechts eine Übervorteilung nicht-innovativer Betriebe zu Lasten der innovativen sei: Innovative Betriebe entlassen nämlich weniger Leute und erhalten damit einen Wettbewerbsnachteil.

Eine Langfristorientierung der Lohn- und Einkommenspolitik muß daher auf Hochlohnpolitik und nicht auf mäßige Lohnpolitik orientiert sein.

- Mindesteinkommenschutz der ArbeitnehmerInnen

Um Lohndumping zu verhindern und um ArbeitnehmerInnen vor steigender Arbeitslosigkeit zu schützen, ist ein Mindesteinkommen für alle zu fordern. Nur dann kann verhindert werden, daß in gewerkschaftlich ungeschützten Teilzeitarbeitsjobs und Heimarbeitsjobs das Arbeitsrecht ausgehöhlt wird bzw. sogar gemäß EU-Recht angewendet wird. Auch kann damit verhindert werden, daß eine Insider-Outsider-Konstellation gewerkschaftliche Positionen untergräbt.

Ein (gesetzlich) garantiertes Mindesteinkommen von ca. 10.000 S könnte die gewerkschaftliche Forderung sein, um „Flexibilisierungsbestrebungen“ am Arbeitsmarkt zuzulassen. Denn für Arbeitnehmervertreter bedeutet die Zulassung von Flexibilisierung ohne Flankierung ihren schleichenden Tod. Gewerkschaften sind dann verhandlungsstark, wenn sie zentral und allumfassend die Einkommen ihrer Mitglieder regeln können. Flexible Arbeitszeitformen hingegen müssen betriebsangepaßt sein und lassen sich nicht mehr zentral verhandeln. Eine Absicherung durch ein Mindesteinkommen wäre demnach eine gute Abstützung für die Gewerkschaften. In den Niederlanden gibt es ein Mindesteinkommen von 10.000 S für Inländer und legal sich im Lande aufhaltende Ausländer, während in Österreich Sozialhilfeempfänger nicht einmal die Hälfte davon empfangen und selbst der Halbtagsjob einer Universitätssekretärin (C-Posten) mit 7.000 S deutlich darunter liegt. Auch für Österreich ist ein Mindesteinkommen für In- und sich legal im Inland aufhaltende Ausländer zu fordern, weil damit Lohndumping nicht mehr möglich ist bzw. zumindest stärker illegalisiert wird.

- Den Arbeitsmarkt wird es auch in Zukunft geben.
Arbeit für alle – Einkommen für alle.

Nach wie vor sollte das Hauptaugenmerk sozialpartnerschaftlicher Politik am Arbeitsmarkt ruhen, da eine Einbeziehung aller Interessen sie überfordern würde. Trotzdem ist auch dem Trend der neuen Zeit Rechnung zu tra-

gen. Eine Grundsicherung für alle ist in einer kapitalistischen Gesellschaft nach wie vor von jenen zu finanzieren, die auf dem Arbeitsmarkt tätig sind (i.e. Unternehmern und ArbeitnehmerInnen). Deshalb reicht eine Forderung nach Einkommen für alle nicht, da immer weniger Menschen für immer mehr andere Menschen arbeiten müssen. Es muß daher Arbeit für alle geschaffen werden, um eine Entsolidarisierung langfristig zu verhindern.

Die Zukunft ist von Unsicherheit stärker geprägt als in den letzten Jahrzehnten. Die Entwicklung der EU und in Osteuropa stellt einen institutionellen Schock dar, der erst verkraftet werden muß. Die Bedeutung institutioneller Arrangements für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik nimmt in Zeiten von Unsicherheit und damit in Hinkunft noch zu. Institutionen überleben ihre Mitglieder, 75 Jahre sind daher für eine Institution erst der Beginn und nicht das Ende.